

MIGRATION UND BEVÖLKERUNG

NEWSLETTER

Ausgabe 2
Februar 2011

Italien: Massenflucht aus Tunesien

Vor dem Hintergrund des politischen Umbruchs in Tunesien sind Mitte Februar innerhalb weniger Tage rund 5.000 Bootsflüchtlinge auf der italienischen Mittelmeerinsel Lampedusa angekommen. Die italienische Regierung erklärte daraufhin den Notstand. Die aktuelle Situation entfachte erneut eine Debatte über die Lastenverteilung innerhalb der EU bei der Aufnahme von Flüchtlingen.

Nach Angaben des italienischen Innenministeriums sind zwischen Mitte Januar und Mitte Februar insgesamt 5.278 so genannte Boatpeople auf Lampedusa eingetroffen, davon rund 4.500 innerhalb von nur vier Tagen Mitte Februar. Es handelt sich hierbei überwiegend um junge tunesische Männer. Die 20 km² große Insel mit rund 6.000 Einwohnern liegt etwa 150 km von der tunesischen Küste entfernt.

Hintergrund: Die Migranten machten sich infolge des politischen Umbruchs in Tunesien auf den Weg nach Italien. Der ehemalige Diktator des nordafrikanischen Landes Zine el-Abidine Ben Ali (RCD, sozialistisch) war am 14. Januar infolge wochenlangender Proteste nach Saudi-Arabien geflohen. Da die

staatlichen Behörden seitdem nur noch eingeschränkt funktionierten, entfielen die Kontrollen an der tunesischen Küste weitgehend. Gutes Wetter und eine ruhige See begünstigten die Auswanderungswelle.

Die Regierung unter Ben Ali schloss bereits 1999 mit Italien ein Rückübernahmeabkommen. Dieses beinhaltete gemeinsame Patrouilleneinsätze vor der tunesischen Küste sowie eine verbindliche Rückübernahme illegal nach Italien eingereister tunesischer Staatsbürger. Infolgedessen kam es in den letzten zehn Jahren zu keinen nennenswerten Fluchtbewegungen von Tunesien nach Süditalien.

Zwischen Sommer 2008 und Sommer 2009 kamen innerhalb eines Jahres etwa 20.000 Boatpeople von der etwa 300 km entfernten libyschen Küste nach Lampedusa. Seit der operativen Umsetzung eines umstrittenen Rückübernahmeabkommens mit Libyen (vgl. MuB 5/09) hat diese Route jedoch an Bedeutung verloren.

Unterbringung: In den ersten Tagen der Massenankunft auf Lampedusa lehnte es die italienische Regierung kategorisch ab, die Migranten in einem seit Ende 2009 geschlossenen Aufnahmezentrum auf Lampedusa unterzubringen. Nach steigendem öffentlichen Druck wurde das für 800 bis 850 Personen ausgelegte Zentrum schließlich wieder geöffnet. Vorher mussten die Migranten teilweise im Freien übernachten und konnten nur notdürftig versorgt werden.

Reaktionen in Italien: Die italienische Regierung erklärte am 12. Februar einen „humanitären Notstand“ auf Lampedusa und richtete einen Krisenstab ein. Mehr als 2.000 Migranten wurden bereits nach Sizilien und auf das italienische Festland ausgeflogen. Sowohl ihnen als auch den noch auf Lampedusa verbliebenen Bootsflüchtlingen droht nun die Abschiebung nach Tunesien.

Außenminister Franco Frattini (Volk der Freiheit, konservativ) forderte von der EU eine gemeinsame Antwort auf die Flüchtlingskrise. Nach einem Besuch in Tunis signalisierte er Bereitschaft, die tunesische Polizei beispielsweise mit Schiffen zu unterstützen. Innenminister Roberto Maroni (Lega

Inhalt

Italien: Massenflucht aus Tunesien	1
Kurzmeldungen – Deutschland I	2
Deutschland: Beirat für Integration	2
Kurzmeldungen – Deutschland II	3
Deutschland: Rückwanderung hochqualifizierter Auswanderer	4
Kurzmeldungen – Deutschland III	4
Großbritannien: Debatte um Multikulturalismus	5
Kurzmeldungen – Europa I	5
EU/Türkei:	
Rückübernahmeabkommen vereinbart	6
Kurzmeldungen – Europa II	6
Kurzmeldungen – Welt	7
Veranstaltungen und Literatur	8

Zusätzlich auf www.migration-info.de:

Deutschland: Burkaverbot in Hessen	
Europa/Nordamerika: Geteilte Meinungen zu Einwanderung und Integration	
Russland: Änderungen bei der Einwanderungspolitik	

Dieses Projekt
wird gefördert
durch die

Nord, rechtspopulistisch) kritisierte, dass sich die tunesische Regierung nicht mehr an das bilaterale Abkommen zur Begrenzung von Flüchtlingsströmen halte. Er sprach von einem „Mauerfall des Maghreb“ und warnte davor, dass sich Terroristen unter die Migranten mischen könnten. Weiterhin sprach er sich für die Entsendung italienischer Polizisten nach Tunesien aus, um weitere Ausreisen zu verhindern.

Kurzmeldungen – Deutschland I

Kontroverse über Leistungen für Asylbewerber

Nachdem die Bundesregierung im November 2010 eingeräumt hatte, dass die bisherige Festlegung der Sozialleistungen für Asylbewerber verfassungswidrig ist, hat Anfang Februar der Bundestagsausschuss für Arbeit und Soziales Experten zum Thema angehört (vgl. MuB 10/10). Die Bundestagsfraktionen von Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke setzen sich dafür ein, das Asylbewerberleistungsgesetz abzuschaffen und Asylbewerber Hartz-IV-Empfängern gleichzustellen. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge warnte vor einer Anhebung der Leistungssätze, die in einer Zeit steigender Asylbewerberzahlen zusätzliche Anreize zur Beantragung von Asyl in Deutschland schaffen würde (vgl. MuB 1/11). Die angehörten Verfassungs- und Sozialjuristen betonten dagegen, dass migrationspolitische Überlegungen keine Rolle bei der Berechnung spielen dürften. Zudem müsse der Minderbedarf von Asylbewerbern gegenüber Hartz-IV-Empfängern überhaupt erst empirisch nachgewiesen werden. Vertreter von Flüchtlingshilfsorganisationen und Sozialverbänden kritisierten, dass Hilfe in Form von Sachleistungen und eine dauerhafte Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften die Persönlichkeitsrechte von Flüchtlingen verletzen. Die Bundesregierung prüft gegenwärtig die Anpassung der Leistungssätze sowie das Sachleistungsprinzip. Eine Abschaffung des Gesetzes ist jedoch nicht geplant. www.bundestag.de

Aktionsplan gegen Fachkräftemangel

In der Debatte um den drohenden Fachkräftemangel in Deutschland hat die Bundesagentur für Arbeit Ende Januar in einem Zehn-Punkte-Plan konkrete Maßnahmen vorgeschlagen (vgl. MuB 1/11, 10/10, 7/10). Das größte Potenzial sieht die Agentur, wie aus der Studie „Perspektive 2025 – Fachkräfte für Deutschland“ hervorgeht, in einer stärkeren Erwerbstätigkeit von Älteren, Frauen und Migranten. Letztere müssten besonders gefördert werden. Es gelte, die Abbrecherquoten in Schule, Ausbildung und Studium zu verringern. Das Potenzial im eigenen Land werde aber nicht ausreichen, um die Folgen des demografischen Wandels abzufedern. Daher sei ein kurzfristiger Zuzug von 0,4 bis 0,8 Mio. Fachkräften aus dem Ausland nötig. Allerdings müsse „die Attraktivität Deutschlands als Einwanderungsland durch die Etablierung einer umfassenden Willkommenskultur erhöht“ werden.

www.arbeitsagentur.de

Reaktionen in Tunesien: Die tunesische Regierung lehnte den Vorstoß, italienische Polizisten in Tunesien einzusetzen, strikt ab. Unterdessen wurden die Kontrollen in mehreren Hafenstädten wieder ausgeweitet.

Europäische Union: Die EU-Außenbeauftragte Catherine Ashton kündigte nach einem Besuch in Tunis eine Soforthilfe von 17 Mio. Euro an, die v. a. für die Abwicklung freier Wahlen sowie die Verbesserung der Menschenrechtslage eingesetzt werden sollen. Bis 2013 soll Tunesien weitere 258 Mio. Euro als Unterstützung erhalten, um die wirtschaftliche und soziale Lage zu verbessern.

Die Kommission kündigte auch finanzielle Hilfe für Italien sowie die Entsendung von Einheiten der europäischen Grenzschutzbehörde Frontex an.

In einigen EU-Staaten, darunter auch Deutschland, ist vor dem Hintergrund der Massenflucht erneut eine Debatte über die Lastenteilung bei der Aufnahme von Flüchtlingen entbrannt (vgl. MuB 7/09, 3/99). Bundeskanzlerin Angela Merkel, Bundesinnenminister Thomas de Maizière und weitere Spitzenpolitiker von CDU/CSU lehnen eine Aufnahme der tunesischen Boatpeople in Deutschland ab. De Maizière unterstrich, dass im vergangenen Jahr rund 40.000 Asylbewerber nach Deutschland gekommen seien, Italien hingegen hätte „nicht einmal 7.000“ aufgenommen. Außerdem fügte er hinzu, dass kein Fluchtgrund vorhanden sei: „Wenn es einen Grund gibt, Tunesien nicht mehr zu verlassen, dann jetzt, wo dort eine Demokratie aufgebaut wird.“ Politiker von SPD, FDP, der Linken und von Bündnis 90/Die Grünen sprachen sich hingegen für die Aufnahme eines Teils der tunesischen Boatpeople aus. Der SPD-Innenpolitiker Sebastian Edathy regte an, dass auf EU-Ebene erneut über eine Quotenregelung zur Verteilung anerkannter Flüchtlinge diskutiert werden müsse. *sta*

Weitere Informationen:

www.interno.it, www.proasyl.de

Deutschland: Beirat für Integration

Die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung Maria Böhmer plant die Einrichtung eines Beirats für Integration. Das gab sie Mitte Januar in Berlin bekannt. Das Gremium soll den Dialog mit Migranten in Deutschland verbessern. Die Opposition sieht die Pläne kritisch.

„Der Beirat wird bewusst kein Gremium ausschließlich von Migrantenorganisationen sein. Mein Anspruch war und ist es, Integration als gesamtgesellschaftliche Aufgabe zu verstehen“, sagte Maria Böhmer (CDU) anlässlich der Vorstellung der Pläne. In

das Gremium unter Böhmers Vorsitz sollen insgesamt 32 Mitglieder berufen werden. Zehn Mitglieder werden Vertreter von Migrantenorganisationen sein und unterschiedliche Herkunftsländer repräsentieren. Dazu gehören die Türkische Gemeinde in Deutschland, der Bundesverband Deutsch-Arabischer Vereine, der Bund der spanischen Elternvereine, der Club Dialog, der russischsprachige Migranten vertritt, und der Verband Griechischer Gemeinden. Ebenfalls vertreten sein sollen evangelische und katholische Kirchenvertreter, Mitglieder des Zentralrats der Juden und des türkischen Moschee-Dachverbandes Ditib sowie der russisch- und der griechisch-orthodoxen Kirchen. Weitere Mitglieder des Beirats werden Vertreter der kommunalen Spitzenverbände, der Arbeitgeber und Gewerkschaften, der Sport- und der Wohlfahrtsverbände, der Wissenschaft, von verschiedenen Stiftungen und der Bundesagentur für Arbeit sein.

Außerdem sollen kompetente Einzelpersonen beteiligt werden, die Böhmer bislang jedoch nicht benannte. Mit einem Gaststatus werden je ein Vertreter des Bundesinnenministeriums und des Bundestags-Innenausschusses sowie einzelne Integrationsminister der Bundesländer teilnehmen. Das Landesnetzwerk der Migranten-Selbstorganisationen Sachsen-Anhalt soll die Lage in den neuen Bundesländern darstellen. Die Begrenzung der Mitgliederzahl begründete Böhmer mit dem Argument, der Beirat müsse „arbeitsfähig“ bleiben.

Der Beirat soll Debatten anstoßen und Empfehlungen abgeben. Unter anderem will die Integrationsbeauftragte Themen wie Spracherwerb, die Rolle der Frau sowie Bildung und Arbeit behandeln. Das Gremium soll aber auch zu aufkommenden Diskussionen wie etwa um die kontroversen Thesen von Thilo Sarrazin (SPD) Stellungnahmen abgeben (vgl. MuB 1/11, 7/10). Zudem soll eine „Identitätsdebatte“ geführt werden, bei der die Rolle von Migrantengruppen in der deutschen Gesellschaft besprochen wird. „Wir müssen auch Grundsatzfragen diskutieren“, sagte die Integrationsbeauftragte.

Die Geschäftsstelle des Beirats wird von Böhmers Stab im Kanzleramt eingerichtet. Wann das erste Treffen stattfindet, ist noch unklar. Ein Sprecher der Integrationsbeauftragten erklärte, das Gremium sei eventuell bis Mai dieses Jahres konstituiert und könne dann möglicherweise einmal im Quartal zusammentreten.

Reaktionen: Der Vorsitzende der Türkischen Gemeinde in Deutschland Kenan Kolat bewertete die Gründung des Beirats positiv. Er plädierte allerdings dafür, ihm mehr Kompetenzen zuzugestehen. „Sinnvoll wäre etwa, dass der Beirat von der Politik bei entsprechenden politischen Fragen angehört werden muss“, sagte Kolat.

Kritik kam auch aus den Reihen der Linken: „Der Beirat wird nicht einmal eine Placebo-Wirkung ent-

Kurzmeldungen – Deutschland II

Positiver Wanderungssaldo

Erstmals seit sechs Jahren hat es im vergangenen Jahr in Deutschland wieder einen positiven Wanderungssaldo gegeben. Laut einer Schätzung des Statistischen Bundesamts, die auf vorläufigen Zahlen für die ersten drei Quartale 2010 basiert, zogen etwa 80.000 bis 100.000 Personen mehr aus dem Ausland zu als fortzogen. Zuletzt gab es im Jahr 2004 mit 83.000 Personen einen ähnlich hohen Wanderungsgewinn. 2008 und 2009 wurden sogar Wanderungsverluste gegenüber dem Ausland von 56.000 und 13.000 Personen festgestellt (vgl. MuB 6/10, 5/10). Ein Grund für die erhöhten Fortzugszahlen dieser beiden Jahre sind unter anderem Melderegisterbereinigungen, die die Kommunen im Zuge der Einführung der Steueridentifikationsnummer durchführten. www.destatis.de

Knapp 1 Mio. Einbürgerungen

In Deutschland sind von 2002 bis 2009 967.860 Personen eingebürgert worden (vgl. MuB 1/09, 6/07). Fast ein Drittel waren türkischer Herkunft (309.346 Personen), gefolgt von Serben/Montenegrinern/Kosovaren (61.936), Iranern (46.011), Polen (40.503), Bürgern aus der Russischen Föderation (29.598) und Irakern (29.580). Die Zahlen gehen aus einer Antwort des Staatssekretärs im Bundesinnenministerium Ole Schröder (CDU) auf eine parlamentarische Anfrage des stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion Johannes Singhammer hervor.

Härtefallregelung im Bundesvertriebenengesetz

Die Bundesregierung hat Anfang Februar eine Änderung des Bundesvertriebenengesetzes beschlossen. Damit sollen dauerhafte Familientrennungen bei Spätaussiedlern verhindert werden, wenn sich einige Angehörige zunächst entschieden hatten, im Herkunftsland zu bleiben. Im Härtefall ist es künftig möglich, den Ehepartner oder die Kinder in den Aufnahmebescheid eines Spätaussiedlers nachträglich einzubeziehen. „Auch wenn die Zahl der Betroffenen vergleichsweise gering sein dürfte, ist die Gesetzesergänzung bedeutsam für die Wahrnehmung der besonderen historisch-moralischen Verpflichtungen gegenüber den Deutschen der ehemaligen Sowjetunion, deren Familien ein schweres Kriegsfolgenschicksal zu tragen hatten“, sagte der Beauftragte der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten Christoph Bergner (CDU) anlässlich der Novellierung. www.bmi.bund.de

falten“, sagte die migrationspolitische Sprecherin der Linksfraktion im Bundestag Sevim Dagdelen. Da Böhmer den Vorsitz des Gremiums übernehme, seien kritische Anmerkungen gegenüber der Bundesregierung praktisch unmöglich. Böhmer sei keine Anwältin der Migranten, sondern ein „kritikloses Sprachrohr der Regierung“. Auch der integrationspolitische Sprecher der Bundestagsfraktion von

Bündnis 90/Die Grünen Mehmet Kilic warf der Regierung vor, beim Thema Einwanderung „beratungsresistent“ zu sein. Böhmer scheue strukturelle Reformen bei der Einbürgerung, im Wahl- und im Aufenthaltsrecht, das sähe man deutlich an der Auswahl der Themen für den Beirat. *chw*

Weitere Informationen:

www.integrationsbeauftragte.de

Deutschland: Rückwanderung hochqualifizierter Auswanderer

Politik und Wirtschaft problematisieren vor dem Hintergrund eines drohenden Fachkräftemangels und der zuletzt rückläufigen Zuwanderung die Auswanderung Hochqualifizierter als „Brain-drain“. Einer aktuellen Studie zufolge besteht jedoch kein Grund zur Sorge: Einer hohen Auswanderung wirkt eine relativ hohe Rückwanderung Deutscher aus dem Ausland entgegen.

Die Autoren Lenore Sauer und Andreas Ette vom Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (BiB) untersuchten in ihrer kürzlich veröffentlichten Studie „Abschied für immer oder auf Zeit?“ die internationale Migration deutscher hochqualifizierter Staatsbürger. Hierzu werteten sie u. a. Daten des „European Union Labour Force Survey“ (EULFS) aus. Das EULFS ist eine repräsentative europäische Haushaltsbefragung, die es erlaubt, relativ gute Aussagen zur innereuropäischen Migration von Arbeitskräften zu treffen. Die zentrale Aussage der

Wissenschaftler ist, dass sehr gut ausgebildete Deutsche unter den Auswanderern überrepräsentiert sind, dass die Bilanz der Aus- und Zuwanderung deutscher Hochqualifizierter aber ausgeglichen ist.

Zunehmende Europäisierung: Die Auswanderung deutscher Staatsangehöriger hat sich seit Mitte der 1970er Jahre mehr als verdreifacht. Wanderten in den 1970er Jahren jährlich durchschnittlich ca. 50.000 Personen aus, belief sich der Vergleichswert im Jahr 2009 auf rund 155.000 Personen (vgl. MuB 9/09, 7/08, 3/08).

Während im 19. Jahrhundert und bis Mitte des 20. Jahrhunderts die USA das Hauptzielland waren, sind es in den letzten Jahrzehnten zunehmend europäische Länder. In die USA wanderten im Durchschnitt der Jahre 2005 bis 2009 jährlich ca. 14.000 Deutsche aus, dagegen zog es rund 22.000 Deutsche in die Schweiz, das mit Abstand wichtigste Zielland. Weitere wichtige Zielländer waren Österreich und Polen mit je 11.000, Großbritannien mit 10.000, Spanien mit 8.000 und Frankreich mit 7.000 deutschen Auswanderern.

Bildungs- und Beschäftigungsprofil: Die Autoren verglichen im In- und im europäischen Ausland erwerbstätige Deutsche im Alter zwischen 25 und 64 Jahren hinsichtlich des Bildungshintergrunds, des beruflichen Status sowie der Beschäftigungsbranche. Während der Anteil der Menschen mit einem niedrigen Bildungsabschluss für beide Gruppen bei rund 10 % liegt, gibt es bei den Höherqualifizierten deutliche Unterschiede. Knapp die Hälfte der deutschen Auswanderer hat einen Hochschulabschluss (49 %) gegenüber 29 % der inländischen Vergleichsgruppe. Dies bestätigt frühere Befunde, nach denen Auswanderer häufiger eine akademische Ausbildung besitzen als deutsche Nichtmigranten (vgl. MuB 9/09, 3/08).

Bezüglich des Beschäftigungsstatus setzt sich dieses Bild fort: 17 % der deutschen Auswanderer sind als Führungskräfte beschäftigt (gegenüber 6 % der deutschen Wohnbevölkerung), 36 % arbeiten als Wissenschaftler (gegenüber 15 %). Deutlich weniger Auswanderer sind Hilfskräfte (1 % der Auswanderer vs. 7 % der Nichtmigranten) oder Handwerker (2 % vs. 16 %).

Bei einer Betrachtung nach Wirtschaftszweigen sind deutliche Unterschiede für die Branchen Gesundheitswesen und Forschung und Entwicklung zu beobachten: 14 % der deutschen Auswanderer arbeiten im Gesundheitswesen gegenüber 10 % der inländischen Wohnbevölkerung. Im Bereich Forschung und Entwicklung sind es 17 % bzw. in Deutschland 8 %.

Ausgeglichene Bilanz: Ein zunehmender Anteil der Auswanderung ist temporär. Schätzungen über das tatsächliche Ausmaß der innereuropäischen Aus- und Einwanderung deutscher Staatsbürger für die

Kurzmeldungen – Deutschland III

Urteil: Schöffen müssen Deutsch sprechen

In einem Urteil vom 26. Januar hat der 2. Strafsenat des Bundesgerichtshofs klargestellt, dass Schöffen die deutsche Sprache beherrschen müssen (Az. 2 StR 338/10). Laut Gerichtsverfassungsgesetz (GVG) ist die Gerichtssprache Deutsch (§ 184 S.1 GVG), und laut Strafprozessordnung gilt der Grundsatz der Unmittelbarkeit (§ 261 StPO). Die Besetzung einer Strafkammer mit Schöffen, die des Deutschen nicht mächtig sind, sei daher nicht zulässig. Der Bundesgerichtshof hat damit entschieden, dass ein Verfahren, an dem eine nicht Deutsch sprechende Schöffin beteiligt war, neu aufgelegt werden muss. Es handelt sich dabei um einen Prozess über einen Raubüberfall in Köln aus dem Jahr 2009 (Az. 113 KLS 1/09 41 Js 162/09). Die beteiligte Schöffin sprach kein Deutsch, weshalb sie von einer Dolmetscherin unterstützt wurde. Nach Ansicht der Richter verstieß dies gegen das Beratungsgeheimnis des § 193 GVG.

www.bundesgerichtshof.de

Jahre 1996 bis 2006 zeigen, dass in diesem Zeitraum ca. 122.000 erwerbstätige Deutsche im Alter von 25 bis 64 Jahren in einen EU-12-Mitgliedstaat auswanderten, 95.000 von dort jedoch zurückkehrten. Dies entspricht einem „Rückkehrer-Anteil“ von 78 %. Bei Hochschulabsolventen liegt dieser Anteil mit 85 % sogar noch höher, so dass eher eine „Brain Circulation“ als ein „Brain drain“ vorliegt. Ausnahmen bilden hierbei die Führungskräfte und die im Gesundheitssektor Beschäftigten, von denen jeweils nur ca. ein Drittel der Auswanderer nach Deutschland zurückkehrt. *Fatma Rebecciani, Diplom-Ökonomin, Bremen International Graduate School of Social Sciences*

Weitere Informationen:

Andreas Ette, Lenore Sauer: **Abschied für immer oder auf Zeit? Internationale Migration hochqualifizierter Deutscher**. 2011, in: *Forschung und Lehre*, 02/2011, Download: www.forschung-und-lehre.de/wordpress/?p=6825

Andreas Ette, Lenore Sauer: **Auswanderung aus Deutschland – Daten und Analysen zur internationalen Migration deutscher Staatsbürger**. 2010, Wiesbaden, VS-Verlag.

Großbritannien: Debatte um Multikulturalismus

Der britische Premierminister David Cameron hat das Modell des Multikulturalismus als gescheitert bezeichnet. Gleichzeitig kündigte er eine schärfere Kontrolle religiöser Gruppen an. Staatliche Förderung soll an die Achtung der Werteordnung geknüpft werden.

Anfang Februar erklärte Premierminister Cameron (Tories, konservativ) auf der Münchner Sicherheitskonferenz, dass die „Doktrin des staatlichen Multikulturalismus“ im Vereinigten Königreich gescheitert sei. Dabei kritisierte er auch die Gleichgültigkeit gegenüber den Aktivitäten kultureller und religiöser Minderheiten. „Wir brauchen viel weniger der passiven Toleranz der vergangenen Jahre, sondern einen aktiveren, muskulöseren Liberalismus“, so Cameron in seiner Rede.

Bislang wurde im Rahmen eines Vorsorgeprogramms gegen Terrorismus auch fundamentalistischen Muslimverbänden Förderung gewährt, um sie dadurch stärker in die britische Gesellschaft einzubinden. Dieses Modell sei eine der Ursachen der Probleme mit radikal-islamischen Gruppen. Die „Doktrin des staatlichen Multikulturalismus“ müsse durch eine „gemeinsame nationale Identität“ ersetzt werden, sagte Cameron.

In Bezug auf extremistische Gruppen im eigenen Land, wie etwa jene, die für die Londoner Terroran-

Kurzmeldungen – Europa I

Frankreich: Senat stoppt Einwanderungsgesetz

Der französische Senat hat am 3. Februar eine Verschärfung des Einwanderungsgesetzes mit 182 zu 156 Stimmen abgelehnt. Die im Oktober 2010 von der Nationalversammlung verabschiedete Novelle sah unter anderem vor, eingebürgerten Franzosen die Staatsbürgerschaft zu entziehen, wenn diese erst seit zehn oder weniger Jahren in Frankreich leben und wegen eines Mordversuchs an Staatsbediensteten verurteilt wurden. Das nach dem Einwanderungsminister benannte „Loi Besson“ war von zahlreichen Juristen und der Opposition als verfassungswidrig kritisiert worden (vgl. MuB 9/10). Menschenrechts- und Einwandererorganisationen bezeichneten die Ablehnung des Gesetzes als einen „Sieg über die Unmenschlichkeit“. Im Laufe des Jahres will die Regierung eine Neufassung des Gesetzes erarbeiten.

www.immigration.gouv.fr

EU: Schmerzensgeld für Abschiebung

Der Europäische Menschenrechtsgerichtshof (EGMR) hat Ende Januar geurteilt, dass die Abschiebung eines Asylsuchenden nach Griechenland gegen das Verbot menschenunwürdiger Behandlung verstößt (Az. 30696/09). Geklagt hatte ein Flüchtling aus Afghanistan, der 2009 auf der Basis des Dubliner Übereinkommens von Belgien nach Griechenland abgeschoben worden war. Dort war er unter unhygienischen und äußerst beengten Bedingungen inhaftiert und von Polizisten misshandelt worden. Nach seiner Freilassung war er für mehrere Monate obdachlos. Das Gericht befand, dass sowohl Griechenland als auch Belgien gegen das Verbot der menschenunwürdigen Behandlung verstoßen hatten und sprach dem Mann ein Schmerzensgeld in Höhe von 25.000 Euro zu. Zurzeit haben Deutschland, Island, Schweden, Großbritannien und Norwegen die Abschiebung von Asylbewerbern nach Griechenland ausgesetzt (vgl. MuB 1/11). Durch das Urteil könnten wegen des zugesprochenen Schmerzensgeldes erhebliche Kosten auf die EU-Länder zukommen. Beim EGMR sind 960 ähnliche Fälle anhängig, vor allem gegen Großbritannien, Belgien, Frankreich, Finnland und die Niederlande.

www.echr.coe.int

schläge vom Juli 2005 verantwortlich waren, sagte Cameron weiter: „Wir werden den Terrorismus nicht besiegen, wenn wir nur außerhalb unserer Grenzen tätig werden.“ Europa müsse erkennen, was „in unseren eigenen Ländern passiert“.

Gerade die finanzielle Förderung religiöser und ethnischer Gemeinschaften solle sich an der Achtung der Menschenrechte, der Gleichheit der Geschlechter, der religiösen Toleranz sowie der Förderung von Integration orientieren. Das Innenministerium sowie der nationale Sicherheitsrat Großbritanniens arbeiten bereits an einer Neufassung der Förderbestimmungen.

Kurzmeldungen – Europa II**EU: 1,4 Mio. Binnenmigranten**

Im Jahr 2008 sind nach aktuellen Berechnungen von Eurostat 1,4 Mio. EU-Bürger von einem EU-Mitgliedsland in ein anderes eingewandert, das nicht ihr Herkunftsland war. Die meisten Migranten innerhalb der EU kamen aus Rumänien (384.000 Personen), Polen (266.000) und Bulgarien (91.000). Rumänen wanderten vorzugsweise nach Italien (46 % der rumänischen Migranten) und Spanien (19 %). Rund 45 % aller polnischen EU-Binnenmigranten wanderten nach Deutschland. Die meisten Bulgaren wanderten nach Deutschland (26 %) und nach Spanien (14 %). Aktuellere Zahlen liegen derzeit nicht vor.

<http://ec.europa.eu/eurostat>

Italien: Tod von vier Roma-Kindern

In einem illegalen Roma-Lager am Rande der italienischen Hauptstadt Rom sind am 6. Februar vier Kinder im Schlaf verbrannt. Brandursache war vermutlich ein Feuer, das die Kinder angezündet hatten, um die aus Plastikteilen, Wellblech und Holz bestehende Hütte warm zu halten. Der Tod der Kinder hat die Debatte um den Umgang mit Roma in Europa neu entfacht. Menschenrechtsorganisationen wie Human Rights Watch kritisierten die unzumutbaren Lebensbedingungen in Roma-Siedlungen. Das Lager war von den Behörden bereits mehrfach abgerissen, von den Bewohnern aber immer wieder aufgebaut worden. Insgesamt wohnen in Italien schätzungsweise 10.000 Roma in illegalen Siedlungen. Räumungen in Frankreich hatten bereits im vergangenen Jahr eine Debatte ausgelöst (vgl. MuB 8/10, 7/10). www.comune.roma.it

Außerdem solle ein zweimonatiger so genannter Bürgerdienst auf freiwilliger Basis für 16-Jährige eingeführt werden. Dort soll jungen Menschen aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Verhältnissen gezeigt werden, wie sie zusammenleben und -arbeiten können.

Reaktionen: Unterstützung erhielt Cameron von Teilen der muslimischen Gemeinde sowie vom Oberrabbiner der jüdischen Gemeinschaft Lord Jonathan Sacks. Dieser teilte auch die Forderung Camerons nach einer Stärkung der nationalen Identität. Andernfalls gäbe es nichts, in das sich Zuwanderer integrieren könnten.

Auch der Mitbegründer des liberal-religiösen Sufi Rates der Muslime Haras Rafiq bezeichnete den bisherigen Umgang des britischen Staats mit muslimischen Fundamentalisten als zu nachlässig.

Der britische Muslimrat hingegen kritisierte, dass Muslime weiterhin als „Teil des Problems und nicht als Teil der Lösung“ angesehen würden. Die islamische Ramadhan Foundation warf Cameron vor, „Hysterie und Paranoia über den Islam und Muslime“ zu schüren.

Auch innerhalb der liberaldemokratischen Partei, des Koalitionspartners der Tories, gab es kritische

Stimmen. Die Parteiführung hielt sich bislang jedoch zurück.

Der ehemalige Innenminister Jack Straw sowie die vormalige Arbeitsministerin Margaret Hodge (beide Labour, sozialdemokratisch) kritisierten darüber hinaus den Zeitpunkt der Rede Camerons. Am gleichen Tag zogen etwa 3.000 Unterstützer der offen fremdenfeindlichen „English Defence League“ (EDL) durch die Stadt Luton. Der Direktor der Antirassismorganisation „Hope not Hate“ sagte, dass die islamfeindlichen EDL-Mitglieder die Regierung nun auf ihrer Seite sähen.

Nur wenige Tage nach Camerons Rede schloss sich auch der französische Staatspräsident Nicolas Sarkozy (UMP) Mitte Februar der Kritik am Multikulturalismus an: „In allen Demokratien hat man sich zu sehr mit der Identität desjenigen beschäftigt, der zu uns kam, und nicht genug mit der Identität des Landes, das ihn aufgenommen hat.“ Zuspruch bekam Sarkozy vom rechtsextremen Front National.

Bereits im Oktober 2010 hatte Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) den Ansatz des Multikulturalismus auf dem Deutschlandtag der Jungen Union als „absolut gescheitert“ bezeichnet. *sta*
Weitere Informationen:

www.number10.gov.uk, www.mcb.org.uk
www.ramadhanfoundation.com

EU/Türkei: Rückübernahmeabkommen vereinbart

Die Europäische Union und die Türkei haben Ende Januar bekannt gegeben, vor dem Abschluss eines Rückübernahmeabkommens zu stehen. Dieses betrifft sowohl türkische Staatsbürger als auch illegal über die Türkei in die EU eingereiste Drittstaatsangehörige. Im Gegenzug soll die Visapflicht für Türken bei Reisen in die EU gelockert werden.

Der Text des Abkommens über die Rückübernahme der irregulären Einwanderer wird am 24. Februar im Innen- und im Justizressort der EU-Kommission fertig gestellt und muss dann von der Türkei ratifiziert werden. Beide Seiten rechnen mit einer baldigen Umsetzung ab März 2011. Mit dem Abkommen verpflichtet sich die Türkei, eigene Staatsbürger und Flüchtlinge, die irregulär über ihr Staatsgebiet in die EU eingereist sind, wieder aufzunehmen.

Die Türkei ist ein wichtiges Transitland, vor allem für Flüchtlinge aus der Nahost-Region, Asien und Afrika. Die EU hofft darauf, dass mit dem Abkommen die irregulären Flüchtlingsströme abnehmen. Vor al-

lem Griechenland soll entlastet werden, denn dorthin kommen viele Flüchtlinge über die türkische Grenze (vgl. MuB 9/10, 9/09, 6/99).

Aufgrund der steigenden irregulären Grenzübertritte im letzten Jahr hat sich die Lage von Flüchtlingen in Griechenland drastisch verschlechtert, so sind etwa die Flüchtlingsunterkünfte völlig überfüllt. Als Gegenmaßnahme will das Land nun einen Zaun an der Grenze zur Türkei errichten (vgl. MuB 1/11).

EU-Innenkommissarin Cecilia Malmström, die die Verhandlungen geführt hatte, betonte: „Die illegale Einwanderung kann in dieser Region künftig effektiv kontrolliert werden“, zugleich gab sie sich zuversichtlich im Hinblick auf die von der Türkei gewünschten Reiseerleichterungen.

Die türkische Regierung will das Abkommen unterzeichnen, erachtet jedoch die Reiseerleichterungen für türkische Staatsbürger als Voraussetzung. Die politische Umsetzung des Rückübernahmevertrags und Erleichterungen der EU in der Visumsfrage seien ein „paralleler Prozess“, sagte der türkische Außenminister Ahmet Davutoglu (AKP, islamisch-konservativ). Mit dem Rückübernahmeabkommen setzt die Türkei die Vorgabe der EU für eine erleichterte Reisefreiheit um. Andere Maßgaben hat die Türkei bereits erfüllt, wie etwa die Einführung biometrischer Reisepässe.

Die türkische Presse feierte die angestrebte Einigung als historisches Ereignis, das auch eine weitere Annäherung beider Seiten bedeute und somit die Chancen auf einen EU-Beitritt verbessere. Vor allem Geschäftsreisende empfinden die komplizierten Visaverfahren für türkische Staatsbürger bei Reisen in die EU als zu aufwändig. Mit über 60 Ländern hat die Türkei inzwischen eine Aufhebung der Visapflicht ausgehandelt, darunter Russland und die gesamte Nahostregion. Bei Reisen in EU-Staaten müssen Türken aber mitunter 50 verschiedene Unterlagen für einen Visumsantrag ausfüllen.

Die Türkei geht nun von Erleichterungen bei Reisen von bis zu drei Monaten aus. Eine komplette Aufhebung der Visapflicht ist erst mit einem Beitritt möglich, so die Haltung der EU (vgl. MuB 8/05). Nach dem Willen der türkischen Regierung soll die Visapflicht für Studierende, Akademiker und Fernfahrer entfallen. Die EU-Kommission will diesen Wünschen nachkommen. Die türkische Regierung wünscht sich eine schnelle Einigung auch aus wahltaktischen Gründen. Ein erfolgreicher Abschluss der Verhandlungen mit der EU könnte sich positiv auf die Chancen von Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan (AKP) auf einen erneuten Wahlsieg bei den Parlamentswahlen am 12. Juni auswirken. *chw*
Weitere Informationen:

http://ec.europa.eu/commission_2010-2014/malmstrom/welcome/default_en.htm

Kurzmeldungen – Welt

Südafrika: Warnung vor Migrationskrise

Der Sonderberichterstatter der Vereinten Nationen für die Menschenrechte von Migranten Jorge Bustamante hat während eines 9-tägigen Besuchs Ende Januar in Südafrika vor der Gefahr einer innenpolitischen Krise gewarnt. Falls sich die Regierung nicht der Herausforderung der Zuwanderung aus zahlreichen afrikanischen Staaten stelle, bestehe die Gefahr erneuter fremdenfeindlicher Ausschreitungen (vgl. MuB 5/08). Als ersten Schritt schlug der Sonderberichterstatter eine quantitative Erfassung der Zuwanderer nach Südafrika vor. Bustamante zufolge fehle zudem ein gesetzlicher Rahmen für die legale Zuwanderung von gering qualifizierten Arbeitskräften.

www.migration.org.za

Kanada: Anreizprogramm für Rückkehrer

Kanadas Regierung und die Provinz Ontario wollen kanadische Auswanderer, die im Gesundheitswesen oder im akademischen Bereich tätig sind, mit einem Anreizprogramm zur Rückkehr bewegen. Bis 22. Mai 2012 erhalten deren Familienmitglieder, die keine kanadischen Staatsbürger sind, eine temporäre Arbeitserlaubnis unmittelbar nach ihrer Ankunft in Ontario. Zuvor dauerte dies 6 bis 12 Monate. Der kanadische Immigrationsminister Jason Kenney (Konservative) sagte, Kanada lege „langfristig die Grundlage für wirtschaftliches Wachstum“, indem Hochqualifizierte ermutigt würden, nach Kanada zurückzukehren.

www.cic.gc.ca

Sri Lanka: 1 Mio. auf der Flucht

Nach schweren Überschwemmungen in Sri Lanka sind rund 1 Mio. Menschen auf der Flucht. Seit Dezember kam es zu ungewöhnlich starken und lang anhaltenden Regenfällen. Vor allem Landesteile im Norden und Osten stehen unter Wasser. Die Regierung evakuierte bislang rund 200.000 Menschen in Notunterkünfte, die anderen kamen bei Verwandten, Freunden oder Bekannten unter. Offiziellen Angaben zufolge starben mindestens 43 Menschen. www.welthungerhilfe.de/sri-lanka-ueberschwemmung.html

Ägypten: Fluchtbewegungen wegen Unruhen

In Ägypten sind seit den Demonstrationen gegen das Regime des inzwischen zurückgetretenen Präsidenten Husni Mubarak Ende Januar bis Mitte Februar tausende Menschen aus den Großstädten geflohen. Vor allem die einheimische Oberschicht, Unternehmer, Parteifunktionäre und Künstler verließen die Städte. Sie fürchteten Gewalt und Plünderungen und flüchteten zumeist in ländliche Gebiete. Gastarbeiter aus ärmeren afrikanischen Ländern wie dem Sudan verließen die Großstädte ebenfalls vermehrt. Viele Länder, darunter auch Deutschland, flogen ihre in Ägypten lebenden Staatsbürger bereits aus. Der Tourismus kam mittlerweile fast zum Erliegen.

Nach Entspannung der Lage kehrten viele in die Städte zurück. Nach Angaben der Internationalen Organisation für Migration (IOM) wurden Mitte Februar etwa 100 ägyptische Bootsflüchtlinge an der italienischen Küste aufgegriffen. www.iom.int

Veranstaltungen und Literatur

Ausstellung

NeuZugänge. Migrationsgeschichten in Berliner Sammlungen

Termin: bis 27.03.2011

Ort: Kreuzberg Museum, Adalbertstr. 95a, 10999 Berlin

Veranstalter: Bezirksmuseum Friedrichshain-Kreuzberg, Stadtmuseum Berlin, Museum für Islamische Kunst Berlin, Werkbundarchiv – Museum der Dinge, Forschungsprojekt „Experimentierfeld Museologie“ (Technische Universität Berlin)

Kontakt: Tel.: +49 (0)30 50585233, E-Mail: info@kreuzbergmuseum.de

Informationen: www.kreuzbergmuseum.de

Preis Politische Bildung

Thema: Politische Bildung und politische Partizipation

Termin: 28.02.2011 (Preisverleihung)

Ort: Berlin

Veranstalter: Bundesausschuss Politische Bildung (bap), Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ), Bundeszentrale für politische Bildung (bpb)

Preis: Die Idee des "Preises Politische Bildung" besteht darin, die besonderen Leistungen, die in und von dieser Politischen Bildung erbracht werden, zu identifizieren, hervorzuheben, sichtbar zu machen und zu würdigen.

Kontakt: vorstand@bap-politischebildung.de

Informationen: www.bap-politischebildung.de



Jahrestagung 2011

Schrumpfend, alternd, bunter – Antworten auf den demographischen Wandel in Deutschland

Termin: 9.-11.3.2011

Ort: Universität Bonn

Veranstalter: Deutsche Gesellschaft für Demographie (DGD)

Tagungsbeitrag: 40 Euro (Studierende 10 Euro)

Kontakt: Tel.: +49 (0)228 73-9299, Erika Schulz E-Mail: eschulz@diw.de

Informationen: www.demographie-online.de

International Conference

Going global? – (Hoch-)qualifizierte MigrantInnen und gesellschaftliche Teilhabe

Termin: 17./18.3.2011

Ort: RWTH Aachen University

Veranstalter: Humboldt-Universität zu Berlin, RWTH Aachen University, Hamburg University of Technology (Research network „The labour market integration of highly skilled migrant women“)

Kontakt: Tel. +49 (0)30 2093-4200, Dr. Ingrid Jungwirth E-Mail: ingrid.jungwirth@sowi.hu-berlin.de

Informationen:

www.hochqualifizierte-migrantinnen.de

Literatur

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Hg.):

Morbidität und Mortalität von Migranten in Deutschland. Forschungsbericht, Autor: Martin Kohls, Erscheinungsdatum 8.2.2011, Bestellnummer FFFB09, ISBN 978-3-9812115-6-6, www.bamf.de

Datta, Asit (Hg.): **Zukunft der transkulturellen Bildung - Zukunft der Migration.** 2010, Frankfurt/M., ISBN 978-3-86099-685-0, 19,90 Euro, Online-Bestellung: www.brandes-apsel-verlag.de

Hentges, Gudrun; Lösch, Bettina (Hg.): **Die Vermessung der sozialen Welt. Neoliberalismus - Extreme Rechte - Migration im Fokus der Debatte.** 2011, Wiesbaden, ISBN 978-3-531-16829-6, 29,95 Euro, Online-Bestellung: www.vs-verlag.de

Madubuko, Nkechi: **Akkulturationsstress von Migranten. Berufsbiographische Akzeptanzenerfahrungen und angewandte Bewältigungsstrategien.** 2011, Wiesbaden, ISBN 978-3-531-17960-5, 39,95 Euro, Online-Bestellung: www.vs-verlag.de

Münch, Sybille: **Integration durch Wohnungspolitik? Zum Umgang mit ethnischer Segregation im europäischen Vergleich.** 2010, Wiesbaden, ISBN 978-3-531-17562-1, 39,95 Euro, Online-Bestellung: www.vs-verlag.de

Impressum

Herausgeber: Netzwerk Migration in Europa e. V., Limonenstraße 24, 12203 Berlin, Tel.: +49 (0)30 4563173, E-Mail: mub@migration-info.de; ISSN: 1435-7194

Redaktion: Marcus Engler & Antje Scheidler (verantw.), Stefan Alscher, Barbara Bills, Thomas Hummitzsch, Ulrike Pape, Jan Schneider, Anne Stalfort, Christoph Wöhrle

Redaktionsschluss: 17.2.2011 **Bestellung:** www.migration-info.de/mub_abo.php

Die Herausgabe des Newsletters „Migration und Bevölkerung“ wird von der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) gefördert. Die darin veröffentlichten Beiträge geben nicht unbedingt die Ansicht der bpb wieder.